



## **Gewerbsteuer abschaffen! Kommunalfinanzen auf stabile Basis stellen**

### **Bund der Steuerzahler fordert Gemeindefinanz-Reform**

Hannover, den 19. Mai 2020 – Die jüngste Steuerschätzung zeigt, dass die niedersächsischen Kommunen aufgrund der Corona-Krise mit finanziellen Ausfällen von knapp drei Milliarden Euro bis 2024 rechnen müssen. Allein im Jahr 2020 ergeben sich Abweichungen gegenüber den bisherigen Schätzungen von 1,12 Milliarden Euro, was in erster Linie auf Einbußen bei der Gewerbsteuer zurückzuführen ist. „Die Konjunkturanfälligkeit der Gewerbsteuer, der wichtigsten Einnahmequelle der Kommunen, schlägt mit voller Härte zu“, stellt Vorsitzender Bernhard Zentgraf fest. Er regt an, die Gewerbsteuer komplett abzuschaffen und durch eine stetigere Form der Kommunalfinanzierung zu ersetzen. „Ich denke hier an eine dauerhaft höhere Beteiligung der Städte und Gemeinden am Aufkommen der Umsatzsteuer. Dazu sollte ein kommunales Hebesatzrecht auf die Einkommen- und Körperschaftssteuer kommen. Dann hätten die Städte weiterhin Einfluss auf eine wirtschaftsbezogene Steuerkraft.“ Bund und Land müssten im Gegenzug auf entsprechende Anteile verzichten, da es sonst zu einer zusätzlichen Belastung für Bürger und Wirtschaft käme. „Die Reform sollte für die Gemeinden insgesamt aufkommensneutral gestaltet sein. Verschiebungen zwischen den Gemeinden sind über den Kommunalen Finanzausgleich zu regeln“, erklärt Zentgraf.

In den letzten Jahren eilten die Steuereinnahmen der Kommunen von Rekord zu Rekord. Dabei profitierten die Städte und Gemeinden von der guten konjunkturellen Entwicklung, welche die Gewerbesteuererinnahmen stetig ansteigen ließ – von 3,67 Mrd. Euro (3,04 Mrd. € netto) im Jahr 2015 bis auf 4,43 Mrd. Euro (3,74 Mrd. € netto) in 2019. Somit machte die Gewerbsteuer zuletzt 38 Prozent der gesamten Steuereinnahmen der niedersächsischen Gemeinden aus. Im Gleichschritt mit den Einnahmen wuchsen die Ausgaben der Kommunen. Statt ausreichender Vorsorge für einen wirtschaftlichen Abschwung konstatiert der Bund der Steuerzahler also ein prozyklisches Ausgabeverhalten der Kommunen. „Nun zeigt sich die Kehrseite der gewerbesteuerlastigen



Gemeindefinanzierung und das Geschrei über wegbrechende Einnahmen ist groß“, so Zentgraf.

Staatliche Hilfen in Form eines kommunalen Rettungsschirms sollten nach Ansicht des Bundes der Steuerzahler Niedersachsen und Bremen mit einer Reform der Gemeindefinanzierung verknüpft werden. In dieselbe Richtung zielt offenbar auch Finanzminister Reinhold Hilbers, wenn er fordert, die Gemeinden „vorrübergehend stärker an der Umsatzsteuer zu beteiligen“. Anders als der Finanzminister hält der Bund der Steuerzahler allerdings eine dauerhaft höhere Finanzierung der Gemeinden aus der Umsatzsteuer für sinnvoll.

Der Bund der Steuerzahler kritisiert, dass die letzten großen politischen Initiativen zu einer Gemeindefinanz-Reform zehn Jahre zurücklägen. Vorrangig die größeren Städte hätten die vom damaligen Finanzminister Wolfgang Schäuble angeregte bundesweite Abschaffung der Gewerbesteuer bei Kompensation des Aufkommens durch andere Steuern abgelehnt. Auch das Niedersachsen-Modell von Innenminister Uwe Schünemann sei im Jahr 2011 letztlich am Widerstand der Städte gescheitert. „Die Fehler der Vergangenheit dürfen sich jetzt nicht wiederholen. Die Städte und Gemeinden müssen sich im eigenen Interesse für Alternativen zur Gewerbesteuer öffnen“, so Zentgraf.

*Hinweis in eigener Sache an die Redaktionen:*

*Mit seinem **Journalistenpreis „Die spitze Feder“** möchte der Bund der Steuerzahler die kritische journalistische Begleitung der öffentlichen Haushalts- und Finanzwirtschaft in Niedersachsen und Bremen anregen. Er vergibt drei Preise im Wert von insgesamt 5.250 Euro. Bewerbungsschluss ist der 20. Februar 2021.*

*Die vollständige Ausschreibung finden Sie auf:*

*<http://steuerzahler-niedersachsen-bremen.de/>*